



Friedrichshain-
Kreuzberg

Auswertung 2018

REGISTER



**Unabhängige Erfassung
extrem rechter, antisemitischer,
rassistischer, LGBTIQ*- Feindlicher
und ähnlich diskriminierender Vorfälle
im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**

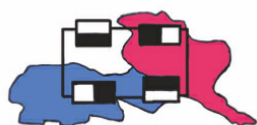
Gefördert durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung und das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg



Inhalt dieser Broschüre

(Stichtag: 15.02.2019)

• Inhalt	2
• Aufgaben, Ziele, Grenzen des Registers / Projektpartnerschaften ...	3
• Gesellschaftlicher „Rechtsruck“ / Alltagsrassismus	4
• Chronik der Vorfälle 2018 und graphische Darstellung	5
• Drei-Jahres-Übersicht	9
• Vorfalls-Arten und Motive im Vergleich zum Vorjahr	10
• Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt	11
• Immer öfter greift die AfD die Demokratie an	12
• Die Initiative Togo Action Plus (ITAP e. V.)	14
• Regeln für Zivilcourage / Selbstschutz beachten	15



Veranstaltungen vom Register

Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin

**Internationale Wochen
gegen Rassismus:
13.03.19 / 19 Uhr Film
The Hate Destroyer
anschl. Diskussion mit
Imela Mensah-Schramm**

Der Film von Vincenzo Caruso und Fabrizio Mario Lussu hatte am 21.04.18 Deutschlandpremiere in Kreuzberg und wurde seither in Berlin nicht mehr gezeigt. An Aktualität hat er nicht verloren.

**20.03.19 / 20 Uhr
Das Register
im Freien Radio:
„Wir holen uns den
Kiez zurück“
Eindrücke von der
Pressekonferenz der
Berliner Register und
ReachOut:
Auswertung 2018**

Live auf UKW
aus dem Studio Ansage
88,4 in Berlin
90,7 in Potsdam

**15.04.19 / 18 Uhr
Ausstellung:
„Friedrichshain
bleibt bunt -
Willkommen in der
fabelhaften Welt
des Widerstands“
von und mit
Ute Donner**

Im Rahmen der
Ausstellung:
**18:30 Uhr
Vorstellung Register
und Auswertung 2018**

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen oder Taten in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen!



**Register zur Erfassung
extrem rechter und diskriminierender Vorfälle
in Berlin**

WWW.BERLINER-REGISTER.DE

Aufgaben des Registers:

Das Register sammelt extrem rechte, rassistische und ähnlich diskriminierende Vorfälle und erstellt daraus eine Chronik, die jährlich ausgewertet wird.

Ziele des Registers:

Die Dokumentation macht bisher Unsichtbares sichtbar und soll die Öffentlichkeit sensibilisieren, Alltagsrassismus zu erkennen und dagegen vor zu gehen.

Weitere Ziele sind, Opfer nicht alleine zu lassen und zu unterstützen.

Die Auswertung wird demokratischen Akteuren im Bezirk zur Verfügung gestellt, damit gemeinsam Handlungskonzepte und Gegenmaßnahmen entwickelt werden können.

Grenzen des Registers:

Es können in die Auswertung nur die Fälle einbezogen werden, die direkt oder über Kooperationspartner*innen aus der Bevölkerung gemeldet werden.

Was können Sie tun?

Machen Sie das Register bekannt.

Melden Sie Vorfälle.

Werden Sie Meldestelle und sprechen Sie Zielgruppen oder Communities an, die auf anderen Wegen nicht vom Register erfahren würden.

Projektpartnerschaften

Die Opferberatungsstelle ReachOut, die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) und AmaroForo sind enge Projektpartner*innen des Registers. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus steht beratend und unterstützend zur Seite.

Das Register arbeitet mit verschiedenen Vereinen und Meldestellen im Bezirk zusammen und ist Teil eines Netzwerkes.

Bei der Zusammenarbeit mit der bezirklichen Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) steht die Stärkung von Demokratiepotentialen unter Einbezug aller relevanten Akteure und der Zivilgesellschaft im Vordergrund.

Die Bekämpfung von Diskriminierung, Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird vom bezirklichen Begleitausschuß u. a. durch die Umsetzung des entwickelten Handlungskonzeptes gefördert.

Das Register ist aktives Mitglied.

Auch werden zeitlich begrenzte Partnerschaften gebildet. So ist das Register z. B. am Berliner Bündnis für Zivilcourage und Demokratie - gegen den „Rudolf Hess“-Marsch der Extremen Rechten beteiligt.

Gesellschaftlicher „Rechtsruck“ / Alltagsrassismus

Die sogenannte "Ausländerfeindlichkeit" ist erschreckend hoch gestiegen.

In den Einstellungen von 24,1 % der Befragten lässt sich eine "geschlossene manifeste Ausländerfeindlichkeit" ablesen. Dahinter verbirgt sich eine Mischung aus Rassismus und autoritärem Denken, sowie die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit von Menschen. Wähler*innen mit manifestem, geschlossen rechtsextremen Weltbild finden in der AfD eine politische Ausdrucksform.

Die Bejahung von Demokratie als Idee des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist bei einem Großteil der Bevölkerung zu finden. Gleichzeitig stellen 47% der Befragten gleiche Rechte für alle sozialen Gruppen in Frage. (1)



Im letzten Jahr registrierte die Lesbenberatung Berlin e.V. / Les Migras einen alarmierenden Zuwachs von Meldungen rechter Gewalt. Insbesondere Lesben und queere Menschen werden vermehrt verbal und körperlich angegriffen.

Seit Jahren wird mit Sorge der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck und der damit verbundene Zuwachs rechter Gewalt beobachtet. Seit den Wahlerfolgen der AfD erfährt rechte Gewalt ein stärkeres mediales Aufsehen. Die beschriebenen Entwicklungen zeigen, dass lesbische und queere Menschen besonders betroffen sind.

LesMigraS verurteilt diese Angriffe und hofft auf mehr Solidarität und ein stärkeres Zeichensetzen gegen Gewalt und

rechtes Gedankengut seitens der Politik, in den eigenen Szenen und in der Gesamtgesellschaft. (2)

Zuspruch für Demokratie und antidiskriminierende Überzeugung gehen nicht, wie die Leipziger Studie zeigt, bei allen Menschen zusammen. Nicht zuletzt auch deshalb braucht es eine tagtägliche Positionierung für Menschenrechte und Demokratie.

Rassistische und rechtspopulistische Filterblasen und die systematische rassistische Hetze in den Sozialen Medien begünstigen diesen sich radikalierenden Rassismus.

Umso wichtiger ist es, dass es weiterhin genug Menschen gibt, die sich gegen alle Facetten der Menschenverachtung stellen und auch im Jahr 2019 klar sagen: Nein!

Wir sind unteilbar und sagen NEIN zu Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung! Für Menschenrechte einzustehen wird zur anstehenden Europawahl besonders wichtig, wenn rechte Parteien lautstark gegen Migrant*innen, Frauen*, Homosexuelle, Geflüchtete und politisch anders Denkende hetzen - und das nicht nur zur Europawahl sondern alltäglich.

(1) repräsentative Leipziger Autoritarismus-Studie vom 07.11.2018 (kredo.uni-leipzig.de/die-leipziger-autoritarismus-studie/)

(2) Pressemitteilung vom 08.10.2018 von LesMigraS (www.facebook.com/127086154016238/photos/a.133831810008339/2017425358315632/?Type=3&theater)

SAVE THE DATE: 29.05.2019

Demokratiewerkstatt

Friedrichshain-Kreuzberg

Infos folgen zeitnah:

www.via-in-berlin.de/category/kuf-demokratie-leben/

Genauere Betrachtungen der Vorfälle 2018

August und April waren die ereignisreichsten Monate. Im Vorjahr waren es die Monate April und Juni.

2018 verzeichnete das Register 242 Vorfälle, 64 mehr als im Vorjahr. Propaganda besetzt mit 105 Vorfällen wieder mit Abstand Rang eins, gefolgt von Beleidigung/ Bedrohung/ Pöbeleien (48) und Angriffe (41).

Die häufigsten Vorfallsmotive sind Rassismus (74), Antisemitismus (54), gefolgt von Rechter Selbstdarstellung (27), LGBTIQ*-Feindlichkeit (22) und Muslimfeindlichkeit (16).

2018 wurden mit 41 Angriffen neun mehr verzeichnet als im Vorjahr. 22 ereigneten sich in Friedrichshain, 19 in Kreuzberg.

Motive der Angriffe

LGBTIQ*	13
Rassismus	13
Antisemitismus	6
Gegen den politischen Gegner	4
Anti-Schwarzer Rassismus	2
Antimuslimischer Rassismus	1
Antiziganismus	1
Sozialchauvinismus	1

Die Anzahl der LGBTIQ*-feindlichen Angriffe ist zum Vorjahr um vier gestiegen, acht ereigneten sich in Kreuzberg, fünf in Friedrichshain.

Besonders erschreckend ist ein antiziganistischer Angriff mit einer Luftdruckpistole auf ein 7jähriges Mädchen in der Straße der Pariser Kummune. 2015 wurde hier bereits ein Junge schwer durch eine Luftdruckwaffe verletzt.

Insgesamt 33 Vorfälle ereigneten sich in S- und U-Bahnen, auf Bahnhöfen oder in unmittelbarer Nähe. Betroffen waren vor allem Ostbahnhof, Frankfurter Allee und Kottbusser Tor.

Propaganda nimmt jährlich zu. Propaganda ist als geistige Brandstiftung besonders problematisch. Die 105 Vorfälle schlüsseln sich wie folgt auf:

Motive der Propaganda

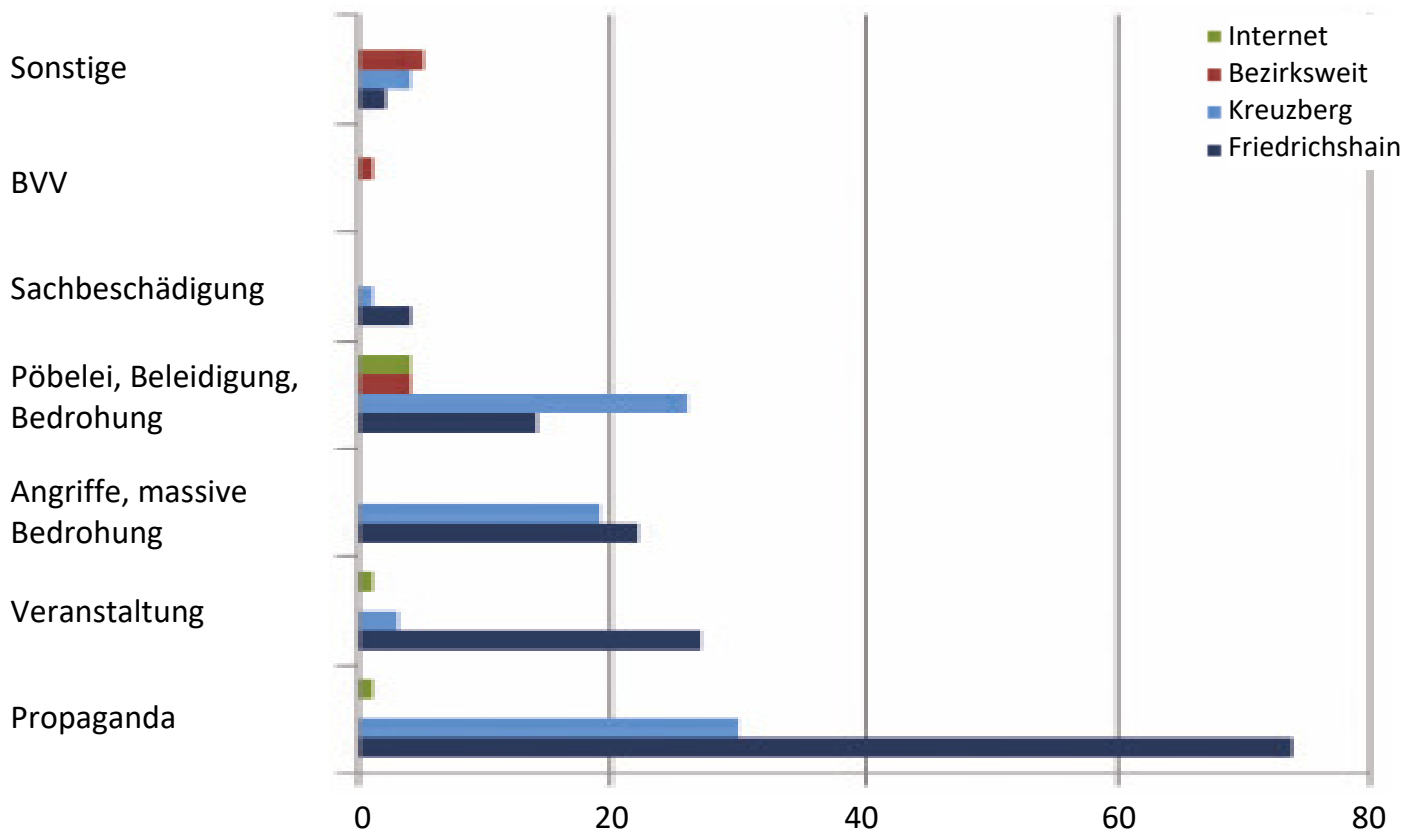
Antisemitismus	36
Rechte Selbstdarstellung	23
Rassismus	12
antimuslimischer Rassismus	10
NS Verharmlosung	11
LGBTIQ*	1
Gegen den politischen Gegner	1
Anti-Schwarzer Rassismus	1

Motive Beleidigung, Bedrohung, Pöbeleien

Rassismus	13
LGBTIQ*	8
Antisemitismus	7
Anti-Schwarzer Rassismus	7
Antiziganismus	7
Antimuslimischer Rassismus	4
NS Verharmlosung	1
Rechte Selbstdarstellung	1

Verächtliche Blicke, Pöbeleien oder sich in der Bahn nicht daneben setzen - schwarze Menschen sind täglichem Rassismus ausgesetzt. Seit Herbst 2018 wird Anti-Schwarzer Rassismus separat *erfaßt. Es wurden 13 Fälle verzeichnet. Insgesamt ist die Zahl der rassistischen Vorfälle mit 73 zu 44 im Vorjahr stark gestiegen. In Friedrichshain wurden 52 Fälle verzeichnet, in Kreuzberg 19 (Vorjahr 25, 16).

Einordnung nach Art



Propaganda ist seit Jahren zunehmend und ist in Friedrichshain scheinbar mehr verbreitet, als in Kreuzberg. Bei Beleidigungen und Bedrohungen scheint das Verhältnis 2018 anders herum zu sein. Eine Tendenz läßt sich daraus nicht ablesen, da die Zahlen der letzten Jahre wechselnd waren. Das macht es auch schwer, mögliche Ursachen für Angriffe und Bedrohungen festzustellen.

2018 wurden 31 Veranstaltungen erfaßt. Seit über zwei Jahren verteilt regelmäßig eine neurechte, nationalistische Gruppe aus dem Havelland (aus dem Umfeld der rechtsextremen Thuergida) am Ostbahnhof Spenden an Obdachlose ("Unterstützung unserer Landsleute"), was der Kategorie Veranstaltung zuzuordnen ist. 21 entfallen auf diese Gruppe.

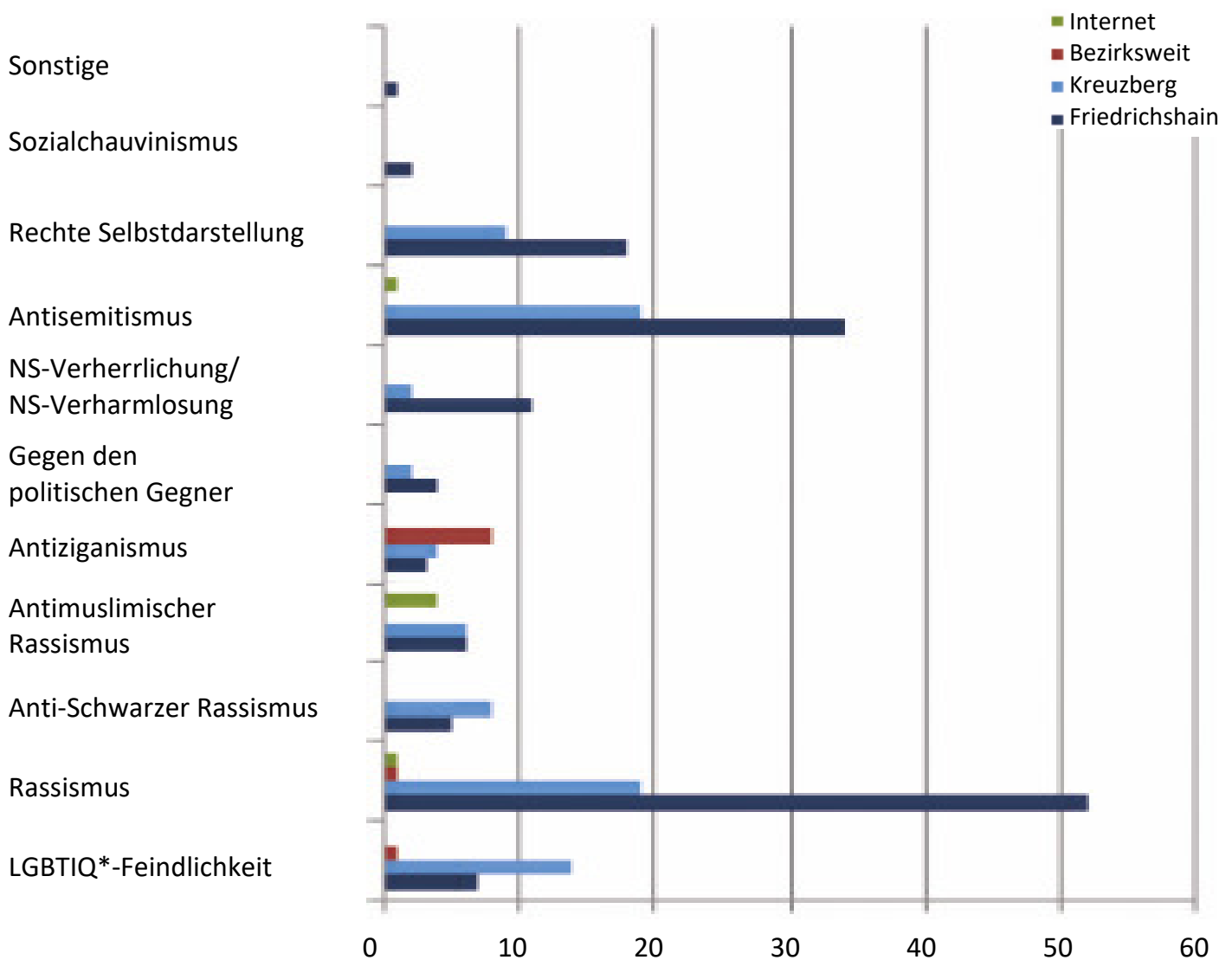
Mit dieser Aktion will die Gruppe sich sozial und hilfsbereit geben.

Sie ist in extrem rechten Netzwerken aktiv, postet und teilt auf ihrer Facebook-Seite rassistische Artikel, unterstützt antisemitische Verschwörungstheorien (z. B. Chemtrails) und es ist auf der Seite u. a. folgender Post einer Person zu finden: "Gibt's hier obdachlose in meiner Liste? Würde gern neues Feuerzeug ausprobieren". (*Schreibfehler übernommen*)

Bemühungen, diese Gruppe vor dem Ostbahnhof nicht mehr zu dulden, blieben bisher erfolglos. Die Bahnpolizei hat sie vom Bahnhofsvorplatz auf den Parkplatz vertrieben und weder Polizei noch Ordnungsamt fühlen sich nun zuständig, obwohl dort regelmäßig ohne Genehmigung ein Tisch aufgebaut wird.

Ein Infobalgt befindet sich auf der Registerwebsite im Archiv. Vielleicht wäre das auch ein Thema für die BVV.

Einordnung nach Motiv



Motive der Vorfälle

Rassismus	73
Antisemitismus	54
Rechte Selbstdarstellung	27
LGBTIQ*-Feindlichkeit	22
Antimuslimischer Rassismus	16
Antiziganismus	15
Anti-Schwarzer Rassismus	13
NS-Verharmlosung	13
Gegen den politischen Gegner	6
Sozialchauvinismus	2
Sonstige	1

10 Vorfälle, überwiegend institutionell, wurden unter Sonstiges erfaßt, da sie nicht konkret zuzuordnen sind.

Beispiel Antiziganismus:

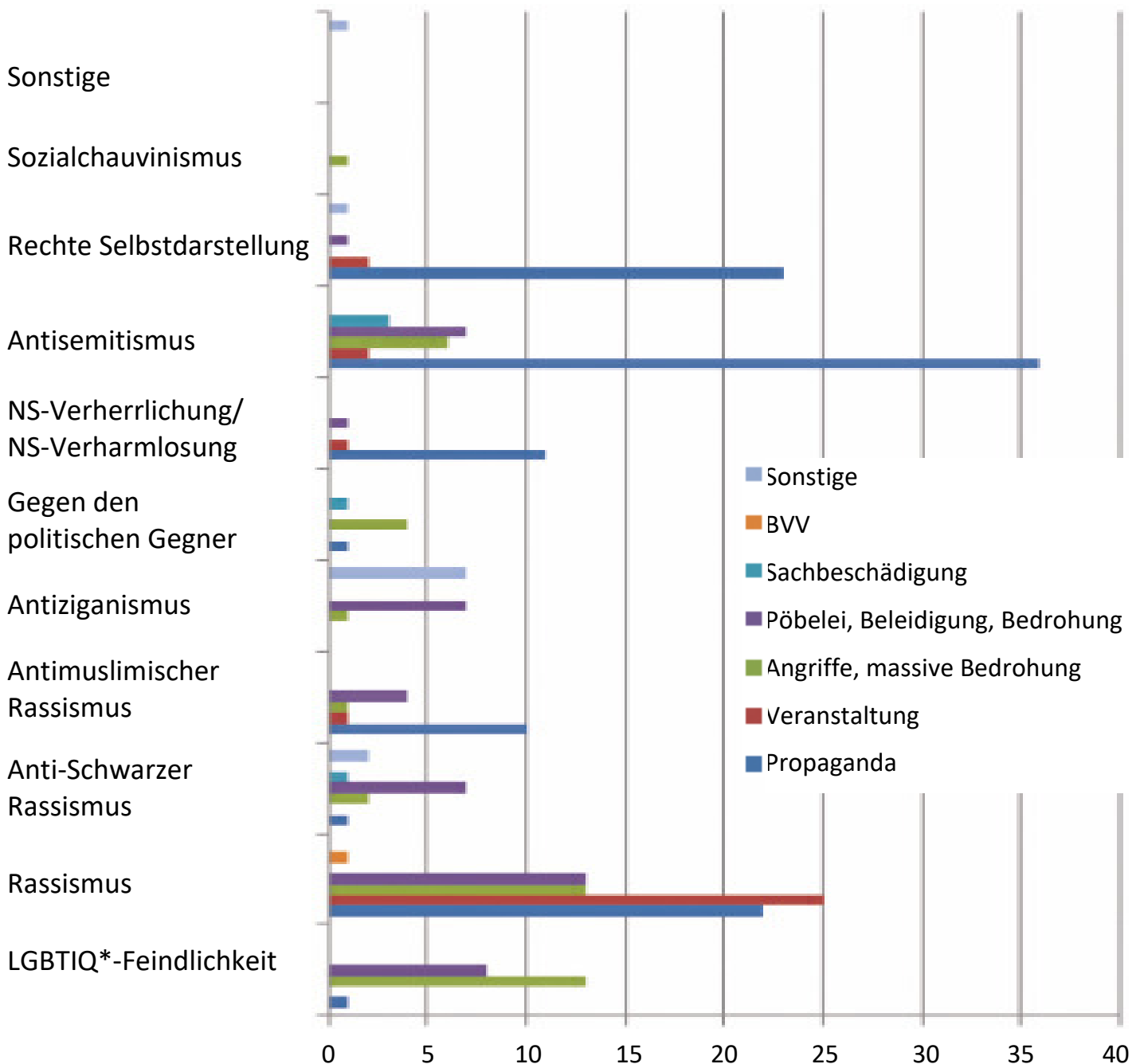
Eine berufstätige Mutter in Elternzeit mit vier Kindern (das jüngste 11 Monate alt) wurde durch die Einstellung der Wohnkostenzahlung durch das Jobcenter obdachlos.

Beispiel Anti-Schwarzer Rassismus:

Ein Mann im Görlitzer Park wurde von der Polizei grundlos geschlagen, verletzt und mit einer Waffe bedroht. Zeug*innen, die dem Mann helfen wollten, wurden ebenfalls von der Polizei mit gezogener Pistole bedroht.

Von 242 Vorfällen gesamt wurden In Friedrichshain 143 und in Kreuzberg 83 verzeichnet, sowie 10 bezirksweit und sechs Vorfälle im Internet.

Gegenüberstellung Arten und Motive



Die Grafik zeigt, welche Arten von Vorfällen welche Motivation beinhalten. Propaganda sticht besonders hervor.

Zeug*innen mit Zivilcourage

In sieben Fällen von Angriffen und Beleidigungen/ Bedrohungen sind Passanten eingeschritten. Teils wurde die Polizei benachrichtigt, teils bei weiteren Passanten Unterstützung gesucht und teils auch direkt Hilfe geleistet. In drei Fällen lagen die Opfer bereits am

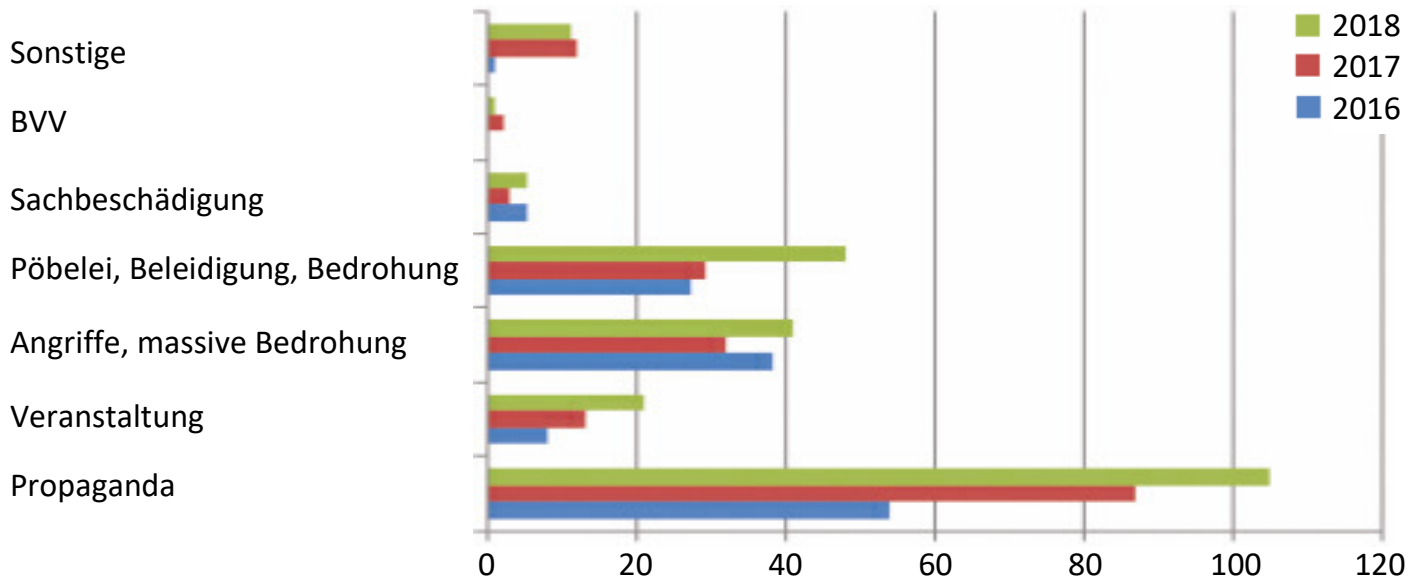
Boden und wurden getreten. Es kann davon ausgegangen werden, daß durch das zivilcourageierte Eingreifen noch Schlimmeres verhindert werden konnte oder es bei einer Bedrohung blieb, die nicht zum Angriff wurde.

In zwei Fällen jedoch wurden die Helfer*innen selbst zum Opfer. Eine Hilfsperson wurde massiv bedroht und eine andere geschlagen.

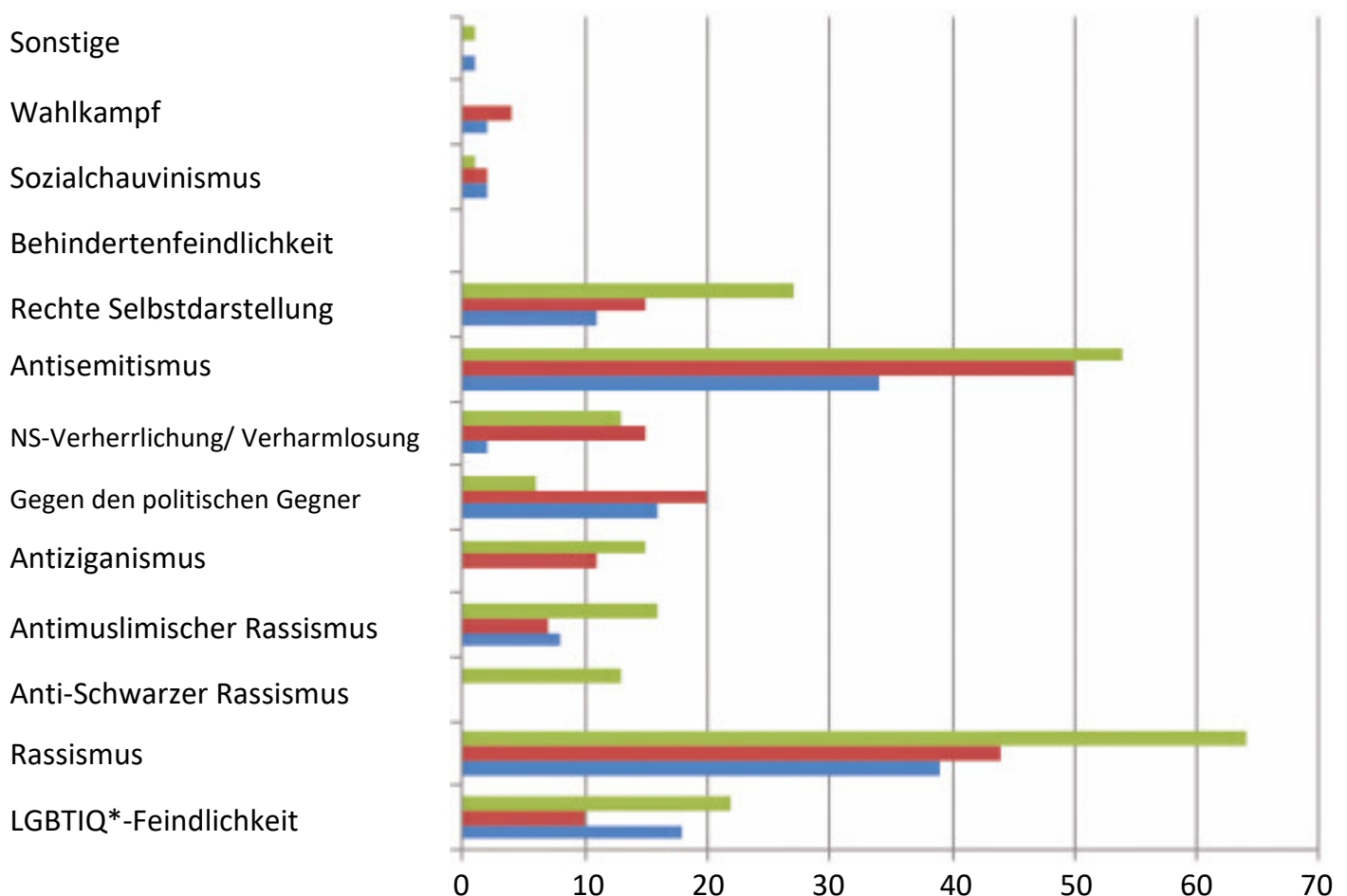
10 Punkte für Zivilcourage auf Seite 15!

Gegenüberstellung der Vorfälle der letzten drei Jahre

Arten der Vorfälle



Motive der Vorfälle



INFO für bezirkliche Akteure für das Jahr 2019:

Das Register ändert die Vorallerfassung. Damit wird gewährleistet, daß Nachfragen auch außerhalb der Auswertungszeiten gezielter beantwortet werden können. Darüber hinaus findet eine Unterscheidung zwischen Pöbelei, Beleidigung und Bedrohung statt, was wiederholt gewünscht wurde.

Arten und Motive der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr

A R T D E R	Propaganda
	2018: 105 > 2017: 87
	Angriffe, massive Bedrohung
	2018: 41 > 2017: 32
	Pöbelelei, Beleidigung, Bedrohung
	2018: 48 > 2017: 28
V O R F Ä L L E	Veranstaltungen
	2018: 31 > 2017: 13
	Sachbeschädigung
	2018: 5 > 2017: 3
	BVV
	2018: 1 < 2017: 2
	Sonstige
	2018: 11 < 2017: 12

M O T I V E D E R V O R F Ä L L E	Antisemitismus
	2018: 54 > 2017: 50
	Rassismus
	2018: 73 > 2017: 44
	Gegen den politischen Gegner
	2018: 6 < 2017: 20
	Rechte Selbstdarstellung
	2018: 27 < 2017: 14
	NS-Verharmlosung/ Verherrlichung
	2018: 13 < 2017: 15
	LGBTIQ*-Feindlichkeit
	2018: 22 > 2017: 10
	Antimuslimischer Rassismus
	2018: 16 > 2017: 7
	Anti-Schwarzer Rassismus
	2018: 13 > 2017: 0
	Sozialchauvinismus
	2018: 2 = 2017: 2
	Antiziganismus
	2018: 15 > 2017: 11
	Sonstige
	2018: 1 > 2017: 0

Rassismus stark ansteigend

Ein Cafe in Kreuzberg hat auf der Website gepostet, daß sie keine Rassisten und auch keine AfD in ihrer Einrichtung als Gäste begrüßen möchten. Der Mut für die Zivilcourage wurde mit einem Shitstorm im Internet und realen massiven Bedrohungen beantwortet, sodaß Polizeischutz eingerichtet werden mußte. Die Meinungsfreiheit, die Rassisten in unserer Demokratie für sich in Anspruch nehmen, gestehen sie Anderen scheinbar nicht zu, was zeigen könnte, wessen Geistes Kind sie sind. So verwundert es nicht, daß Rassismus bei den Motiven von Vorfällen einen nach wie vor hohen Stand einnimmt und weiter ansteigt.



Beispiel für eine Vorfallerfassung:
Migrationspakt stoppen (Sticker)
 Art: Propaganda / Motiv: Rassismus

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum wächst und damit auch der Druck und das Diskriminierungsrisiko auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Die Fachstelle „Fair mieten - Fair wohnen“ (bundesweit die erste Fachstelle, die allein auf das Handlungsfeld Wohnungsmarkt ausgerichtet ist), wurde im Herbst 2017 auf Initiative der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) gegründet und wird von ihr gefördert.



Die Fachstelle hat zwei Träger: UrbanPlus, Büro für Stadtforschung und urbane Projekte in Lichtenberg (Koordination/ Strategie/ Vernetzung) und TBB-Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg in Kreuzberg (Beratung/Begleitung). Ihr strategisches Hauptziel ist es, eine Kultur des diskriminierungsfreien Vermietens in

Berlin im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu etablieren. Anhand von Fallbeispielen verdeutlicht die Fachstelle regelmäßig, wie akut der Handlungsbedarf im Bereich Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist. Auch der Einsatz von Testing-Verfahren wurde erläutert.

Der Kreuzberger Standort der Fachstelle ist für den Bereich der Beratung und Begleitung Betroffener zuständig. Hier werden Menschen unterstützt, die aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft, ihrer Sprache, ihrer Religion, ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihres sozialen Status auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden.

In den eineinhalb Jahren des Bestehens der Fachstelle wurden bereits über 160 Beratungsanfragen verzeichnet, in denen Menschen benachteiligt bzw. diskriminiert wurden und dies nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern auch im nachbarschaftlichen Miteinander.

Die Beratung nimmt bewusst die Perspektive der Diskriminierten ein und steht ihnen zur Seite. So verfassen die Mitarbeitenden zum Beispiel auf Wunsch der Betroffenen Beschwerdebriefe oder beziehen andere Stellen ein.

Eine Beistandschaft vor Gericht wird angeboten, wenn der Fall dies verlangt. So konnte z. B. vor Gericht erfolgreich gegen die rassistische Diskriminierung durch einen Vermieter vorgegangen werden.

Von etwa 160 verzeichneten Beratungsanfragen entfielen 12 auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Opfer können sich nicht auf Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe einstellen, da sie in der Regel unverhofft passieren. Und selbst wenn der Körper unversehrt bleibt, die Seele bleibt es oft nicht. Hinter jeder Zahl steht das Schicksal eines Menschen. Opfer brauchen unsere Unterstützung! Schaut nicht weg!

**Alltagsrassismus
ist keine Meinung!**

Immer öfter greift die AfD die Demokratie an

Im November 2017 versuchte der Vorsitzende der AfD im Abgeordnetenhaus die Verleihung des Silvio-Meier-Preises zu verhindern. Eine Preisträger*in war das Bezirksbündnis, des Bundesdeutschen Netzwerkes „Aufstehen gegen Rassismus“, welches über die AfD aufklärt.

www.aufstehen-gegen-rassismus.de:

„Die Alternative für Deutschland ist der parteiförmige Ausdruck eines beständigen und breiten rechten Potentials in Deutschland. Sie verbindet rechte Spektren vom bürgerlich-konservativen Milieu bis zur extremen Rechten und ist eine Gefahr im Parlament, in den sozialen Netzwerken und auf der Straße.“

Wie wichtig Aufklärung ist, wird immer sichtbarer, denn mit dem Einzug in die Parlamente werden die Angriffe der AfD auf die Demokratie stärker. Die AfD nutzt die Demokratie, um sie zu schwächen. Sie versucht Schlüsselpositionen in der Bildung und in der Verwaltung zu besetzen und demokratische Akteure systematisch einzuschüchtern.



Haltung gegen Rechts zeigen, hat seinen Preis: Ein AfD-Abgeordneter hat das Finanzamt (FA) aufgefordert, campact die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Warum? Campact fragte zur Wahl: Soll campact auf den Aufstieg der Rechtspopulisten reagieren und über die AfD aufklären? 92 Prozent wollten das!

Es war eine große Entscheidung, denn die AfD verkörpert das Gegenteil dessen, wofür campact steht: sozialer, ökologischer und demokratischer Fortschritt und eine Welt, in der alle Menschen in Frieden leben und ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können.

Eine progressive Bürgerbewegung muß aufklären. Vor Landtagswahlen und im Vorfeld der Bundestagswahl wurde grundsätzlich über das AfD-Programm und über rechtsextreme Äußerungen von AfD-Politiker*innen informiert. Natürlich paßt das der AfD nicht.

So hoffen die Rechtspopulisten, campact mit dem Angriff auf die Gemeinnützigkeit zum Schweigen zu bringen. Das Gegenteil passiert. Die Aufklärungsarbeit wird intensiviert, denn sonst läßt die AfD die Stimmung im Land noch mehr nach rechts kippen.

Campact arbeitet weiterhin transparent und ist überzeugt davon, daß die Aufklärung über die politische Ausrichtung von Parteien gemeinnützig ist.

Unklare und teilweise widersprüchliche Bestimmungen versuchten politische Gegner*innen schon mehrmals erfolglos zu nutzen, z. B. Befürworter*innen von Stuttgart 21 oder CDU-Politiker*innen, denen die Arbeit gegen TTIP und CETA nicht paßt. Solche Angriffe auf die Gemeinnützigkeit haben genau ein Ziel: Die Arbeit zu behindern.

Um als Bürgerbewegung weiterhin erfolgreich für progressive Politik zu streiten, ist campact nur auf eines unbedingt angewiesen: Auf das Engagement der 1,9 Mio Campact-Aktiven und die finan-

zielle Unterstützung der über 60.000 Förder*innen. Sich gegen mächtige Gegner zur Wehr zu setzen, ist nicht neu und den nötigen Mut und die Kraft dafür aufzubringen nicht immer leicht. Zeigen wir der AfD, daß uns ihre Angriffe nicht einschüchtern, sondern stärker machen.

Eine weitere Facette einer AfD-gestützten Aktion ereignete sich nach einem künstlerischen Dreh in Lichtenberg im September 2018: „Wenig später veröffentlichte die Bundes-AfD einen Clip, der Szenen des Drehs präsentierte... Am Anfang lacht man über die Ironie, so war ja das AfD-Video eine bewusste Falschmeldung. Mulmig wurde uns, als Bilder von Team-Mitgliedern im Netz auftauchten und dazu aufgerufen wurde, die Namen und Adressen herauszufinden.“ Ein Filmemacher erhielt eine Morddrohung.
www.schleckysilberstein.com

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die Amadeu Antonio Stiftung und viele andere demokratische Akteur*innen stehen schon länger auf der „Einschüchterungsliste“ der AfD, auch die Berliner Register.

Hier eine aktuelle Veröffentlichung vom 04.01.19 eines Berliner Abgeordneten: „Was soll das Ziel sein, wenn man die Bevölkerung über angebliche Straftaten, wie rassistische Beleidigung, u. ä. informiert, die jedoch nicht zur Anzeige gebracht wurden?“, fragt Lindemann und weiter, er könne hier nichts weiter erkennen, als eine Veruntreuung öffentlicher Gelder für fragwürdige linkspopulistische Propaganda. Es sei vom rot-rot-grünen Senat mehr als naiv, darauf zu vertrauen, dass das

System der fortgesetzten Diffamierung der demokratischen Opposition dauerhaft bestehen bliebe und niemals aufgearbeitet werden würde.



Die AfD Friedrichshain-Kreuzberg besuchte Reinickendorf:

Auf Initiative der AfD Friedrichshain-Kreuzberg in Kooperation mit der AfD Reinickendorf wurde am 16.03.18 in das Reinickendorfer AfD Stammlokal nach Wittenau zum „Bürgerdialog“ geladen. Hauptredner war Albrecht Glaser, der in der Vergangenheit Muslim*innen ihr Grundrecht auf Religionsfreiheit absprach.

Deutschland hat die Diktatur überwunden und eine Demokratie aufgebaut. Die gilt es zu festigen und weiter auszubauen für alle hier lebenden Menschen. Rechtspopulismus, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus oder Rechtsextremismus sind keine Grundpfeiler der Demokratie. Sondern es sind Politische Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte oder Achtung der Menschenrechte.

Sein Gehirn einschalten, muß letztendlich noch jede/r selbst!



Die Initiative Togo Action Plus (ITAP e. V.) wurde 2004 von Menschen mit Fluchterfahrung in Halle gegründet und ist seit

vielen Jahren in Friedrichshain ansässig. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion hat jeder Mensch ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Mit der Aufklärung über Flucht, Asylrecht und Rassismus macht ITAP Mut für Zivilcourage. In Events und Konferenzen werden Perspektiven der Fluchterfahrung und des Asylrechts beleuchtet. Da die Vereinsgründer aus Togo nach Deutschland kamen, wird hier besonders zum Dialog aufgefordert.

ITAP finanziert sich aus Spenden und unterstützt politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, Geflüchtete und Vertriebene - alle Menschen egal welcher Herkunft oder Religion - gegen Fremdenfeindlichkeit, alle Formen des Alltagsrassismus und gegen die rechte Politik der AfD und gibt Menschen mit Fluchterfahrung und Migrant*innen Unterstützung.

Bereits im Juni 2009 erschien ein umfassender Beitrag in der RefRat-Zeitung der HU Berlin zu Residenzpflicht und strukturellem Rassismus. 2017 protestierte ITAP gegen die Abschiebungen von afghanischen Flüchtlingen. Im Juni 2018 führte ITAP eine internationale Konferenz am Franz Mehring Platz durch: Warum fliehen Menschen? Wie leben Menschen mit Fluchterfahrung weiter? Und was, wenn dieses "Weiterleben" unsicher ist?

Der Verein führt Infoveranstaltungen zu Asylrecht, Aufenthaltsgesetzen und Residenzpflicht durch und bietet Deutschkurse an. Regelmäßig organisiert ITAP Demos für Zivilcourage und gegen Rassismus im Bezirk. Das Handeln basiert u. a. darauf, daß ein Mensch bei Rassismus nicht neutral sein kann. Wer wegschaut, unterstützt Rassismus. Rassismus muß bekämpft werden!

Am Vereinssitz wurden wiederholt Informationen und Schilder zerstört und der Vereinsvertreter, Komi E., wurde mehrfach Opfer rassistischer Angriffe. Umso mehr ist es dem Verein wichtig, gegen Alltagsrassismus aktiv zu werden. Es wird versucht eine Inklusiv-Gesellschaft zu bauen. Es geht um Inklusivität, nicht um Integration. Integration heißt, sich unterordnen. Niemand wird durch Unterordnung Teil einer Gesellschaft. Es geht um Akzeptanz, nicht um Toleranz, denn Toleranz stammt aus dem Lateinischen und bedeutet erdulden, ertragen. Darum geht es nicht.

Es geht um Inklusivität und Akzeptanz.

ITAP war im Juni 2018 eine der Preisträger*innen des "Band für Mut und Verständigung", dem wichtigsten Preis, den die Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam vergeben, und erhielt am 21.11.2018 zusammen mit einem weiteren Preisträger (dem in Lima geborenen und in Friedrichshain lebenden Aktivist Raul Aguayo-Krauthausen) den "Silvio-Meier"-Ehrenpreis für Demokratie und Zivilcourage im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

togoactionplus.wordpress.com

facebook.com/ITAP.Berlin

Was können Sie tun?

Regeln für Zivilcourage

Menschen werden in aller Öffentlichkeit beleidigt, bedroht und angegriffen, weil ihre Haut nicht weiß ist oder sie anders denken und leben als die meisten. Jede/r kann helfen, indem wir unsere eigene Angst überwinden und einschreiten, wenn andere in Gefahr sind. Die folgenden Regeln sagen Ihnen, wie es geht:

Ruhig bleiben und sofort handeln!

Konzentrieren Sie sich darauf, das zu tun, was Sie sich vorgenommen haben. Lassen Sie sich nicht ablenken von Gefühlen wie Angst oder Ärger. Reagieren Sie immer und sofort, warten Sie nicht, dass ein anderer hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

Hilfe holen und Täter verunsichern!

In der S+U-Bahn: Rufen Sie die Polizei (110) mit Ihrem Handy an oder ziehen Sie die Notbremse im Bahnhof. Im Bus: Alarmieren Sie den Busfahrer. Auf der Straße: Schreien Sie laut »Feuer!!«, denn darauf wird reagiert. Schreien Sie laut und schrill. Das geht auch, wenn die Stimme versagt.

Zum Opfer halten und Aufmerksamkeit erzeugen!

Nehmen Sie Blickkontakt auf. Das vermindert die Angst. Sprechen Sie das Opfer direkt an: »Ich helfe Ihnen«. Sprechen Sie andere Personen persönlich an: »Sie in der gelben Jacke, können Sie bitte den Busfahrer rufen«. Sprechen Sie laut. Die Stimme gibt Selbstvertrauen und ermutigt andere zum Einschreiten.

Keine Gewalt anwenden und den Täter nicht provozieren!

Begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein und fassen Sie den Täter niemals an (dies führt häufig zu Aggression und Eskalation). Lassen Sie sich nicht provozieren. Duzen Sie den Täter nicht und starren Sie dem Angreifer nicht direkt in die Augen, das könnte ihn oder sie noch aggressiver machen. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifer, aber nicht ihre Person.

Rufen Sie die Polizei!

Beobachten Sie genau und merken Sie sich Gesichter, Kleidung und Fluchtwege der Täter. Erstellen Sie Anzeige und melden Sie sich als Zeuge oder Zeugin.

Seien Sie vorbereitet!

Denken Sie sich eine Situation aus, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen würden. Überlegen Sie, was genau Sie in einer solchen Situation tun würden.

**Zivilcourage
geht uns
ALLE an!**

Impressum

Hrsg.: Register
Friedrichshain-Kreuzberg
Kreutzigerstr. 23
10247 Berlin

Telefon: 0157 - 77 36 99 42

E-Mail: fk@berliner-register.de

Internet: www.berliner-register.de
www.register-friedrichshain.de

Druck: Hinkelstein Druck
Sozialistische GmbH

Fotos: pixabay.com

